

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 858 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Gegen die Herrschaft der Barone, gegen Unternehmerwillkür! Für die Freiheitsliste 2!

In den Freiheitskampf mit der Sozialdemokratie!

Zum zweiten Male in diesem Jahre wird das deutsche Volk zur Reichstagswahl aufgerufen. Für die organisierte Arbeiterschaft ist die politische Fragestellung ganz genau die gleiche wie bei den Juliwahlen. Sie wird vor die gleiche Entscheidung gestellt wie am 31. Juli:

Freiheit oder Knechtschaft? Demokratie oder Faschismus?

Und auch die Antwort der deutschen Arbeiterschaft muß und wird am 6. November dieselbe sein, heute wie früher lautet sie:

Wir wollen Freiheit, Demokratie, Sozialismus!

Seit den letzten Reichstagswahlen hat das deutsche Volk einen bitteren Anschauungsunterricht erhalten, wohin es geführt wird, wohin es kommt, wenn Generale und Aristokraten regieren. In den Monaten der Tätigkeit der Regierung von Papen hat der deutsche Arbeiter es am eigenen Leibe spüren müssen, welche Segnungen seiner warten, wenn er von Leuten regiert wird, die seiner Not und seinen Interessen so unendlich fernstehen. Schon seit Jahren zeigt es sich: je mehr der Einfluß der Sozialdemokratie sinkt, desto mehr sanken auch die Löhne, desto mehr wurde von den Leistungen der Sozialversicherung abgebaut, desto mehr wurde aber den bestehenden Schichten geschenkt an Subventionen, Zollerhöhungen und an Steuern auf die lebensnotwendigsten Bedarfsartikel. Und gar erst unter der Regierung von Papen! Da kam die Salzsteuer, die neue Bürgersteuer, da drohen neue Steuern auf Margarine, neue Zölle auf Butter und Serringe, da wurden noch mehr Lohnabbau und noch weitere Einschränkungen der sozialen Versicherungen notverordnet, da wurde die Unabhängigkeit der Tarife angefaßt, da wurden der Arbeit der Gewerkschaften alle möglichen Schwierigkeiten bereitet, da wurde das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft auf vielfache Weise eingeschränkt, da wurden zahlreiche tüchtige, zuverlässige, republikanisch gesinnte Beamte entlassen, weil sie den Männern der grundsätzlich neuen Staats-

führung nicht genehm waren, da wurde immer mehr und mehr auf jene herrlichen Zustände hingearbeitet, wie sie vor hundert Jahren einmal in Deutschland bestanden. Die Arbeiter, die Arbeiterinnen, die nicht wollen, daß es auf diesem Wege weitergeht bis zur vollständigen Verelendung, bis zur vollkommenen Versklavung der Arbeiterschaft müssen

sozialdemokratisch wählen!

Es gibt keine andere Partei, die so zielbewußt und treu die Interessen der Arbeiterschaft vertritt wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Mag die KPD sich als die einzig revolutionäre Partei bezeichnen, mag die Nazi-Partei nun demagogisch zum „sozialen Freiheitskampf“ aufrufen und gegen die jetzige Reichsregierung toben, weil sie nicht gab, was die Nazis verlangten, die Arbeiterschaft ist verloren, wenn sie den falschen Propheten von rechts oder links folgt. Keine andere Partei gibt es, die wirklichen Sozialismus erstrebt, keine andere Partei kommt für die frei organisierte Arbeiterschaft in Frage als die sozialdemokratische. „Die Arbeiterklasse bildet für die Durchführung des Sozialismus die stärkste politische und wirtschaftliche Macht in Deutschland, aber nur dann, wenn sie einig ist und ein gemeinsamer sozialistischer Wille sie leitet.“ Die bürgerlichen Parteien haben ihre schroff ablehnende Stellung zu den sozialistischen Forderungen in bezug auf Staat und Wirtschaft nicht geändert, sie können es auch nicht, die KPD verfolgt ihre verderbliche Taktik der Schwächung und Zersplitterung der Arbeiterschaft weiter, der Faschismus ist nach wie vor der Todfeind der freien Arbeiterbewegung. Für die Freiheit, für den Aufstieg der Arbeiterklasse, für Demokratie und Sozialismus kämpft die Sozialdemokratische Partei. Ihr gehören daher am 6. November alle Stimmen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Bedankens in die hohen und höchsten Staatsstellungen gelangten, war es schon kein gutes Omen, daß der Reichsinnenminister, der also von Amts wegen über die Unverletzlichkeit der Reichsverfassung zu wachen hat, sich zu der Monarchie als seinem Ideal einer Staatsform bekannte, so zeigen die neuesten Verlautbarungen aus den Kreisen, denen die jetzige Reichsregierung entstammt, daß sich viele einflussreiche, aber unverantwortliche Leute zweifellos sehr ernsthaft mit dem Gedanken einer weitgehenden Reichs- und Verfassungsreform beschäftigen.

Der Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl hat allerdings offen zugegeben, daß „das Gerüde von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ein fürchteres und darum schädliches Geschwätz“ sei. An einen Umschwung zur Monarchie glauben wir nun ja auch nicht, weil die unzweifelhaft vorhandenen Bestrebungen vorläufig nicht die geringste Aussicht auf Erfolg haben, auch schon darum nicht, weil es im Lager der Monarchisten nicht eine einzige Persönlichkeit gibt, die nur irgendwie geeignet wäre, so etwas wie eine Volksstimmung für die Monarchie zu entfesseln. Eine Persönlichkeit, die dem Volke die Wiederaufrichtung der Monarchie als erstrebenswert erscheinen ließe, gibt es unter allen Angehörigen der ehemals regierenden Häuser nicht. Das wäre also nicht die größte Gefahr.

Diese liegt vielmehr darin, daß unter Ausnutzung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse grundlegende Änderungen der republikanischen Verfassung zustandekommen könnten, die die Rechte und Errungenschaften der deutschen Arbeitnehmer, der arbeitenden Volksschichten, schwer bedrohen und benachteiligen würden. Vielleicht sind die vielen Umbesetzungen in der Verwaltung Preußens schon ein Vorzeichen zu den beabsichtigten Änderungen der Verfassung, die zunächst darin bestehen sollen, daß die Reichsminister des Vertrauens des Reichstags nicht mehr bedürfen, daß neben dem „arbeitsunfähigen“ Reichstag ein Oberhaus, eine Erste Kammer, etwa nach dem Muster des alten preussischen Herrenhauses, geschaffen, und daß durch ein geändertes, also verschlechtertes, Wahlrecht auch eine andere Zusammensetzung der Parlamente herbeigeführt werden soll. Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen, hat es ja ganz unverblümt auf dem Parteitag seiner Partei gesagt, daß es nötig sei,

„unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs gelöst werden müßten. Vor allem eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Verfassungsreform.“

Alle diese Pläne sind reaktionär und, wie alles Reaktionäre, gefährlich für die Arbeiterschaft, die jetzt am so scharfer darüber wachen muß, daß der wichtigste Satz in der Verfassung des Deutschen Reiches: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, nicht gänzlich ins Gegenteil verkehrt wird. Bei all diesen reaktionären Machenschaften ist das Ziel der „Ewig-Gestrigen“, die Verdrängung der Demokratie durch die Herrschaft der Junker und Kapitalisten, klar zu erkennen. Das sicherste und festeste Bollwerk gegen alle diese volksfeindlichen Bestrebungen, die zuverlässigste Stütze der Republik sind immer wieder die freien Gewerkschaften. Und darum dient der Republik und der Demokratie, wer die Gewerkschaften stärkt. Für ein freies aufgeklärtes Volk ist nun einmal die Republik die würdigste Staatsform. Daher kann unsere Stimme am 6. November nur der Partei gelten, die sich bisher im Bunde mit den freien Gewerkschaften als stärkster Schutz und als zuverlässigste Verfechterin des republikanischen und demokratischen Gedankens erwiesen hat, der Sozialdemokratischen Partei!

Dieser Artikel war schon gesetzt, als die Tageszeitungen über die große politische Rede berichteten, die Reichskanzler von Papen vor den bayerischen Industriellen in München gehalten hat. Die Rede des Reichskanzlers bestätigt unsere Vermutungen durchaus, sie läßt sogar die schlimmsten Befürchtungen zu. Herr von Papen sagte über die Verfassung des Deutschen Reiches u. a.:

10. Ausschußsitzung des ADGB.

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen.

Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die infolge der Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den fürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerk-

schaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahren durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirklichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

„Änderung der Reichsverfassung?“

Reaktionäre Sehnsüchte.

Die Anhänger des alten Regimes, die monarchistischen Verkünder der „herrlichen Zeiten“ wittern Morgenluft. In der furchtbaren Krise, die das Wirtschaftsleben Deutschlands erschüttert, und in den schweren politischen Auseinander-

setzungen der Gegenwart sind ihnen unerwartete, aber freudig begrüßte Helfer entstanden. War es schon bedeutungsvoll für den Geist, der die „führenden Schichten“ des deutschen Volkes durchzieht, daß gerade jetzt Anhänger des monarchistischen

Der Faschismus ist der Todfeind der freien Arbeiterschaft! Wählt sozialdemokratisch!

Die Gewerkschaftsjugend wirbt!

Gewerkschaftsjugend! An die Front! Wir werden trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Misshandlung und Verzweiflung, trotz Mordgelei und Hege. Wir werden, weil wir wissen: Einigkeit verleiht Stärke, Einmütigkeit gibt neuen Antrieb für gewerkschaftliche Arbeit, Zusammenstehen in der Organisation erhöht die Widerstandskraft gegen Reaktion und Maulheldentum. Die gewerkschaftlich organisierte Jugend wirbt unter dem unorganisierten Jungvolk. Sie ruft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Helft beim Werben! Organisiert Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Schickt sie in die Jugendabteilungen der Gewerkschaftsjugend!

Außer der direkten Mitarbeit beim Werben bedarf es noch einer selbstverständlichen, stillen Werbefähigkeit im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Bekanntenkreise und daheim. Still und selbstverständlich ist diese Art der Werbung genannt, denn sie wird nicht vollbracht mit großen Reden. Ihr Erfolg hängt ab vom Menschen, der Werber ist. Ein Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn findet gegenüber dem Jungvolk das rechte Wort, das Vertrauen ausstößt zu ihm und zur Gewerkschaft, die er vertritt. Nicht mit Versprechungen und Redensarten darf erworben werden, nicht mit starken Worten, die den Anschein großer Macht erwecken, auch nicht mit Verdrehungen und Schlagworten. Gewerkschafter sind aufrecht und gerade wie ihr Wollen. Sie können und müssen auf „krumme“ Wege verzichten. Und mit Aufrichtigkeit und Innerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Arbeiter und Arbeiterinnen werden echte Mitkämpfer für die gewerkschaftlichen Organisationen und für den Sozialismus.

Die Werbearbeit wird durchgeführt durch Hausagitation unter Verwendung von Flugblättern in der letzten Hälfte des Oktobers und in den drei Wochen des Novembers nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und werbende Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend während dieser Zeit werden Einblick in das Wirken gewerkschaftlich organisierter Jungvolks für Eltern und Jugendliche geben. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Wer sich zur Verfügung stellen kann, melde sich in den Ortsausbüros! Sie werden durch das Jugendbureau in Verbindung mit den Jugendabteilungen der Verbände die Maßnahmen für das Werben in die Wege leiten.

Wir brauchen viele Mitstreiter! Das Heer gewerkschaftlich unorganisierter Arbeiter ist noch riesengroß. Gewerkschaftsfunktionäre, Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen, wirkt in diesem Heer! Erwerbt euch das Vertrauen der jungen Generation durch echtes, aufrechtes Gewerkschaftertum! Gewinnt die jungen Kollegen für die freien Gewerkschaften! Gewinnt sie als Kämpfer für den Sozialismus!

„Das (d. h. die Befundung der Wirtschaft, stetige politische Verhältnisse, die bei der Weimarer Verfassung nicht geschaffen werden könnten. D. Red.) aber kann nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen, welches das Verhältnis zwischen Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zukunft in Würdigung der historischen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt. Wir wollen eine mächtige und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein Rocher de bronze. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche mächtige und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht wird. In den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht räufeln.“

Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden. Ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt.

Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung.

Diese Rede, die nahezu einer Kriegserklärung an die Verfassung von Weimar, die Herr von Papen doch beschworen hat, gleichkommt, zeigt, wohin der Weg geht, wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht mit überwältigender Wucht bekundet, daß sie eine Herrschaft der Aristokratie nicht will. Der 6. November muß einen grandiosen Sieg des demokratischen Gedankens bringen!

Nazi-Sozialismus.

Die Nazis haben den Ehrgeiz, es der KPD-Zentrale in der Massenproduktion von „neuen Linien“ gleichzutun, soviel Schwankungen und Wandlungen in ihrer offiziellen Politik hat es in den letzten Monaten gegeben. Jetzt gilt auch das „sozialistische“ Programm dieser Arbeiterpartei nicht mehr. Wenigstens hat Herr Gregor Straßer kürzlich erklärt, er wolle jetzt ein neues Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei aufstellen. Während die Nazis früher Anhänger einer unbedingten Autarkie waren, will sich Straßer jetzt mit einer teilweisen Autarkie begnügen. Gegen die Inflationsgefahr seines Parteifreundes Feder wendet sich Straßer, indem er erklärt, daß jetzt kein Grund mehr vorliege, vom Goldstandard abzuweichen.

Am wichtigsten sind aber die Bekenntnisse des Naziführers zur Frage der Planwirtschaft. Dazu äußerte er sich folgendermaßen:

„Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiterwachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke fesseln. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Nun müßte es doch auch dem einfältigsten Nachläufer des Nazi-Sozialismus klarwerden, was es für eine Bewandnis mit dem „Sozialismus“ dieser Arbeiterpartei mit dem reichen Bestand von Prinzen und Generalen hat. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln soll nicht angefaßt werden. Es gibt keine Verstaatlichung des Handels und der Industrie; die private Initiative in der Volkswirtschaft muß ungeschmälert erhalten bleiben. Das ist der „Sozialismus“ Hitler-Straßers. In den Wahlreden, die die Naziführer draußen im Lande halten, klingt es freilich ganz anders. Den Unterschied werden die betrogenen Kleinbauern und Arbeiter, die diesen Wahlparolen glauben, schon merken, wenn die Nazis erst an der Macht sind. Dann wird es für vieles und für viele aber zu spät sein. Wer Sozialismus in des Wortes wahrster Bedeutung will, muß sozialdemokratisch wählen!

Schädigungen der Volkswirtschaft durch Kartelle und Truste.

Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist notwendig.

Die bisherige Beherrschung der Schlüsselpositionen der Industriewirtschaft durch Privatmonopole hat zu schwersten Schädigungen der Gesamtwirtschaft geführt. Die großen Wirtschaftsmächte halten mit Hilfe ihrer Monopolstellung künstliche Preisüberhöhungen für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, für Kohle, Eisen, Baustoffe, Düngemittel und sonstige chemische Erzeugnisse aufrecht. Der deutsche Inlandseisenpreis ist doppelt so hoch als der Weltmarktpreis; Kohle, Zement, Industriechemikalien und Düngemittel werden im Inland überteuert und ans Ausland verschleudert. Durch diese verhängnisvolle Monopolpolitik wird die Leistungsfähigkeit der verarbeitenden Industrien und der Landwirtschaft beeinträchtigt und werden die Arbeitsmöglichkeiten in Stadt und Land noch weiter verringert.

Konzern, der den Stahltrust beherrscht, aufgewandt und Tausende von Millionen zur Sanierung anderer Industrien. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verlangen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Überführung der natürlichen Bodenschätze sowie der ausschlaggebenden Grundstoffindustrien in Gemeineigentum. Diese Verstaatlichung und planmäßige Wirtschaftsführung der Schlüsselindustrien, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, ist nach dem Unheil, das die Privatmonopole angerichtet haben, zu einer Existenzfrage für Staat und Volk geworden.

Willkürherrschaft, Monopolprofite und Machtkämpfe der einzelnen Trustgruppen haben gewaltige wirtschaftliche Schädigungen verursacht, eine riesige Überkapazität und enorme Fehlinvestitionen herbeigeführt. Das Produktionsvermögen der Schlüsselindustrien ist durch diese Mißwirtschaft phantastisch überentwickelt worden, bis zu 100 v. H. über die jemals erreichte Rekorproduktion. In der Montanindustrie sind in der Nachkriegszeit Milliardenbeträge verbauf, verrationalisiert und vergendet worden. 300 Millionen Reichsmark Fehlinvestitionen durch überflüssigen Neubau von Kokereien, 300 Millionen Reichsmark durch unsinnigen Ausbau der Zementwerke, ebensoviel vergendet durch das Stickstoffieber im Macht- und Quotenkampf der Konzerne — das ist die Bilanz der Willkürherrschaft in den Vollwerken des Monopolkapitalismus.

Nur wenn die Allgemeinheit über die Kommandohöhen der Wirtschaft verfügt, kann eine planmäßige Wirtschaftsführung an Stelle der heutigen Wirtschaftsanarchie, eine Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Profitwirtschaft angewandt und damit zugleich die Wiederkehr der furchtbaren Wirtschaftskrisen verhütet werden.

Durch diese Mißwirtschaft sind in der Montanindustrie und den anderen Schlüsselindustrien schwerste Krisenherde entstanden, die Arbeiter liegen auf der Straße, der Staat, das heißt die Allgemeinheit, muß die Verluste tragen; 100 Millionen Reichsmark wurden bereits zur Stützung des Flick-

Nur wenn die Allgemeinheit über die Kommandohöhen der Wirtschaft verfügt, kann eine planmäßige Wirtschaftsführung an Stelle der heutigen Wirtschaftsanarchie, eine Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Profitwirtschaft angewandt und damit zugleich die Wiederkehr der furchtbaren Wirtschaftskrisen verhütet werden.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist eine Etappe zum Endziel der sozialistischen Planwirtschaft, eine Etappe, die nur dann erreicht werden kann, wenn die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampf um die politische Macht bei jeder Gelegenheit und auch in diesem Wahlkampf unter dem geschlossenen Einsatz aller ihrer Kräfte führt. Nur wenn die sozialistische Arbeiterbewegung die Macht im Staate wiedererobert und behauptet, wird der Weg zur Planwirtschaft frei.

Die Nazis nennen sich zwar auch „sozialistische Arbeiterpartei“, aber ihr Sozialismus ist Scheinsozialismus und Volksbetrug. Herr Thyssen und andere „Wirtschaftsführer“ der Schwerindustrie sind die Gönner und Geldgeber dieser „Arbeiterpartei“.

Helft den notleidenden Klassengenossen!

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen leben ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast übermenschliches im Ertragen. Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser granitenen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Unfähigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerschlagung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu, sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten, und im Einzelnen wird sie härter und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend. Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterpartei und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe. Die Arbeiterwohlfahrt rufft zum Kampf gegen die Not. Die mitarbeitenden Verbände erklären sich ihr solidarisch. Wieder geht unser Appell an alle aus gesinnungserwandten Angehörigen, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterpartei:

Helft für die Solidaritätshilfe! Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht zerfällt. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.
Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

blick, wie sich solche Mamelucken bei den Unternehmern beliebt zu machen versuchen. In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 191 befindet sich die Zuschrift eines Angestellten. Dieses Schreiben gibt dem großindustriellen Scharfmacher August Rosterg durchaus recht, wenn er die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung des Lohnes als Mittel zur Krisenüberwindung ansieht. Nachdem dieser Angestellte der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden — man bedenke in der heutigen Zeit, wo selbst die Regierung die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit einseht — zugestimmt hat, schreibt er:

„Lun wir das nicht, so zwingen wir uns selbst — trotz allen Vagegebens — immer mehr zur Autarkie. Und wenn wir darin nicht zusammenbrechen, so werden wir das nur der Arbeitsdienstpflicht zu verdanken haben. Denn die Arbeitsdienstpflicht muß kommen. Sie wird mehr sein, als ein ideales Erziehungsmittel für die Jugend. Sie wird politische Gegensätze überbrücken; sie wird nicht nur Kulturboden, sondern auch andere Kulturwerte schaffen; eine Befruchtung der gesamten Wirtschaft wird von ihr ausgehen, selbst auch dann, wenn sie einmal über den Rahmen der zusätzlichen Arbeiten hinausgehen sollte. Ich möchte die Arbeitsdienstpflicht mit der Eisenbahn vergleichen. Wie ist zur Zeit Friedrich List's das Eisenbahnsystem bekämpft worden! Und doch hat erst die Eisenbahn den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Und so wird auch jetzt die Arbeit als Pflicht den Wiederaufstieg ermöglichen, besonders in Verbindung mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltsverhöhung.“

In Nr. 216 drückt die „Bergwerks-Zeitung“ die Zuschrift eines Kali-Bergmanns ab. Eine Stelle aus diesem Geschwafel dürfte genügen:

„Wir deutschen Arbeiter glauben, daß es nicht mehr allzu lange dauert, bis das deutsche Unternehmertum sich von den Fesseln, die ihm durch den Tarifvertrag auferlegt worden sind, von den Gewerkschaften befreit und jedem deutschen Arbeiter wieder Brot und Arbeit gibt; denn Deutschland wird in Zukunft nicht mehr, wie bisher, Arbeiter und Arbeitgeber kennen, wo jeder im anderen seinen Todfeind sieht, sondern es wird nur einen deutschen Volksgenossen, ohne Klasse, Menschen des Gemeinschafts- und Volksstaates, geben, wer auch ihr Führer sei.“

Ein Kommentar zu diesen hoffnungslosen Fällen von Rückgratlosigkeit ist wohl überflüssig.

Es geht vorwärts!

Auch im Gau 12, Ludwigshafen, ist eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Die Zahlstellen sind in der eifrigsten Werbearbeit. Schon können einige Erfolge gemeldet werden. Soweit aus den Meldungen vorliegen, haben die Zahlstellen:

Eisenberg	26
Ludwigshafen	156
Mannheim	58
Neustadt	74
Saarbrücken	8
Speyer	9

insgesamt 331 Mitglieder neu- und zurückgewonnen. Ein erfreuliches Ergebnis, das auch den übrigen Zahlstellen im Gau 12 als Anreiz dienen soll. Eine Erwähnung darf in der Agitation nicht entfallen, jetzt erst recht nicht. Ein jedes Mitglied muß seine Pflicht erfüllen und dafür Sorge tragen, daß seine gewerkschaftliche Organisation gestärkt wird, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung und im besonderen Interesse unserer Mitglieder. Vorwärts und aufwärts! nach unserer Parole sein.

Neue Erfolge eifriger Werbearbeit.

In der Zahlstelle Dörfel wurden in den Monaten August und September 38 Neuaufnahmen erzielt. Die Zahlstelle Elmshorn i. Holst. meldet 27 neue Mitglieder an. — Nicht nachlassen in der Agitation! Die Erfolge bleiben nicht aus.

Lieblinge der Unternehmer - Menschen ohne Rückgrat.

Unter den deutschen Arbeitern und Angestellten gibt es noch sehr viele, die von der besonderen Mission des Hand- und Kopsarbeiters nicht überzeugt sind. Das ist die große Reservearmee, die der Reaktion in allen ihren Schaffierungen zur Verfügung steht. Manchmal bekommt man einen Ein-

Jubiläumskongress in Kopenhagen

Der 21. ordentliche Kongress des Dansk Arbejdsmandsforbund — Verband der Ungelernten und Fabrikarbeiter — tagte als Jubiläumskongress im Arenatheater. Das Arenatheater ist ein Teil des weltberühmten Vergnügungsetablissemments „Tivoli“. Die Kongressmitglieder versammelten sich in einem wunderbaren im Lichterglanz erstrahlenden mit Fahnen reich geschmückten Rundsaal. Fahnen, die den Aufgang flankierten, zeigten, daß die Kämpfe des dänischen Proletariats nicht spurlos an ihnen vorübergegangen sind, sie waren stark zerfetzt.

35 Jahre Kampf.

Der dänische Bruderverband blickt auf ein 35jähriges Bestehen zurück. Er hat in der Internationale der Fabrikarbeiter ein sehr gutes Ansehen. Das kam auch durch die zahlreichen Delegationen von Vertretern zum Ausdruck. Es waren vertreten: der deutsche Verband durch den Kollegen Rößler, der niederländische Verband durch die Kollegen H. J. van der Leersum und V. van den Berg, die Fabrikarbeiter-internationale durch ihren Vorsitzenden August Brey. Groß war die Zahl der eingelaufenen Glückwünsche und Blumenangebote, erhebend die Eröffnungsfeier am 18. September.

Die Tagesordnung umfaßt mit Eröffnung, Bürowahl usw. neun Punkte. Einer der wichtigsten Punkte ist die Berichterstattung über die Wirksamkeit des Verbandes in der abgelaufenen Geschäftsperiode und über die zukünftige Tätigkeit.

Eine Entschließung des Hauptvorstandes stellt fest, daß Tausende und aber Tausende von Kameraden von der Arbeitslosigkeit erfaßt sind und mit ihren Familien das Notwendigste entbehren. Die Entschließung macht es dem Gewerkschaftsbund und den übrigen Organisationen zur Pflicht, für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen, um mehr „Hände“ in Arbeit zu bringen. Die gleiche Aufforderung ergeht an die Partei und an den Reichstag. Vom Staat und von den Kommunen wird Arbeitsbeschaffung verlangt. Ein Ergänzungsantrag zu dieser Entschließung fordert von Staat und Kommunen, daß sie gegen die Doppelverdiener einschreiten.

Ein anderer Punkt

der Tagesordnung sieht eine Pensionsordnung für die Funktionäre des Verbandes vor.

Ein Zusammenschluß mit dem Ländarbeitsverband hat sich zerschlagen. Es liegt ein „Grenzübereinkommen“ im Entwurf vor.

Die Berichterstattung begann am Montag.

Festliche Eröffnung.

Der geschäftsführende Sekretär Jens Chr. Larsen entbot allen Erschienenen ein herzlich willkommen und gedachte der Verstorbenen, darunter besonders des früheren 1. Vorsitzenden, Kollegen M. C. Lyngsie.

Begrüßungen.

Von der dänischen Regierung sind anwesend: Staatsminister Stauning, Sozialminister Steinkke, Finanzminister Bramsnaes, Landwirtschaftsminister Bording. Männer von den gleichen Fakultäten reden ja auch in Deutschland im Rundfunk und bei Unternehmertagen, aber die Rede des dänischen Staatsministers klang anders als die der deutschen Minister. Er dankte im Namen der Partei und der Regierung dem dänischen Arbeitsmandsforbund, der kulturell für die Rechte und die Interessen der Arbeiter fördernde Arbeit geleistet, und gedachte in warmen anerkennenden Worten der Verdienste des Kollegen Lyngsie um die Arbeiterschaft und das Land.

Glückwünsche und Geschenke.

Die Internationale Transportarbeiterunion war vertreten durch ihren Sekretär Ed. Fimmen, der im Namen der Internationalen Union und der skandinavischen Transportarbeiterverbände eine Fahne überreichte mit dem Wunsche, daß der Arbeitsmandsforbund unter dem „roten Tuche in Einigkeit und Geschlossenheit siegreich kämpfen“ möge. Es waren ferner vertreten: der norwegische Arbeitsmandsforbund, der norwegische chemische Industriearbeiterverband, der norwegische Transportarbeiterverband, die norwegische Matrosen- und Fahrbootunion, der schwedische Fabrikarbeiterverband durch Jinne Jönsson. Der Verband dänischer Arbeiterinnen war vertreten durch Frau Alvida Andersen mit zwei Kolleginnen. Die Arbeitslosenkasse war durch vier Kollegen vertreten. Unter den Glückwünschenden befanden sich der Samvirkende Fagforbund Danmarks und der dänische Papierindustriearbeiterverband.

Der niederländische Kollege v. d. Leersum überreichte als Zeichen der Freundschaft und Solidarität eines der hervorragendsten Erzeugnisse seines Landes, einen Wandteller aus Delfter Porzellan mit einer Reproduktion des Selbstporträts des „Königs der Maler“, Rembrandt. Jinne Jönsson überreichte eine künstlerisch ausgeführte Porzellanvase.

Es schlossen sich in der Reihe der Begrüßungsdredner Brey für die Internationale, C. Rößler für den deutschen Verband an. Es war eine stattliche Reihe von Rednern, die dem Verbands Dank und Anerkennung zollten, dem dänischen Verbandstage gute Arbeit und dem Verbands weiter Blühen und Gedeihen wünschten.

Mitgliederbewegung.

Seit dem Jahre 1911 bewegt sich die Mitgliederkurve in aufsteigender Linie. Ein Abweichen von dem Aufstieg war 1898—1899, 1901, 1902 und 1909 zu verzeichnen. In allen anderen Jahren ging es vorwärts, selbst in der Krise.

Am 1. November			
1897	zählte der Verband	17 000	Mitglieder
1907	„	27 770	„
1917	„	54 220	„
1927	„	83 915	5183 beitragsfreie
			3945

Am Beginn der letzten Geschäftsperiode hatte der Verband 422 Abteilungen mit 85 133 Mitgliedern, am Schlusse 448 Abteilungen mit 99 722 Mitgliedern, davon 95 341 zahlende und 4381 beitragsfreie Mitglieder. Am 1. Oktober 1931 wurden 100 000 Mitglieder gezählt. Das ist in der Zeit der Weltkrise ein Erfolg, zu dem die dänischen Kollegen zu beglückwünschen sind.

Bei den toten Kämpfern.

Am Dienstag fielen die Verhandlungen aus. Alle Kongressmitglieder begaben sich auf drei verschiedene Friedhöfe. Auf dem Gladsaxe-Friedhof ruht Georg Hansen, auf dem Solberg-Friedhof Karl Dreyer. Da vollzogen sich die Erinnerungsfeiern vormittags. Nachmittags wurde auf dem Venstre-Friedhof die Gedenkfeier für Lyngsie abgehalten. An den Feiern nahm Ministerpräsident Stauning teil. Auch die Witwe Lyngsies sah man unter den Anwesenden. Schlichte Steine, wie sie sich ein Sohn des Volkes wohl wünscht, bezeichnen die Ruhestätte der toten Kameraden. Jens Larsen, Robert Nielsen und Jinne Jönsson hielten die Erinnerungs- und Dankesreden.

Zahl der Delegierten.

Groß war die Zahl der Delegierten. Aus dem Lande und aus der Stadt-Kopenhagen waren alle Abteilungen und alle Fachgruppen vertreten. Insgesamt betrug die Zahl der Vertreter 390.

Leistungen des Verbandes.

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse berichtet eine Statistik:

Jahr	Mitglieder	Streikunterstützung
1897	17 000	99 178,76 Kronen
1907	27 770	19 749,69
1917	54 230	7 990 166,—
1927	79 970	101 936,81
1928	83 915	28 439,22
1929/30	82 990	261 464,30
	87 429	
1930/31	94 109	367 233,—
1931/32	95 341	182 442,—

Seit Bestehen des Verbandes hat dieser für Streiks 15 592 186 Kronen (etwa 1¼ Millionen Mark nach dem jetzigen Kurs) aufgewandt. Das sind für die Mitglieder ganz bedeutende Aufwendungen, die auch in dem Lohnübereinkommen zum Ausdruck kommen und um so höher zu werten sind, als unter den Mitgliedern eine große Anzahl beitragsfrei ist.

Finanzieller Abschluß.

Die Einnahmen in allen Abteilungen betragen einschließlich Bar- und Kassenbestand am

1. Januar 1929	11 701 310,63 Mk.
dazu kamen am 31. März 1932	7 235 433,71 Mk.

Taktische Gegensätze.

Die Mitgliederbewegung und die Leistungen zugunsten der Mitglieder boten einer sachlichen Kritik kaum Angriffsflächen. Trotzdem machten die Kommunisten den Versuch, eine kritische Stimmung auszulösen und zu steigern. Natürlich spielte der taktische Gegensatz zwischen reformistisch und „revolutionär“ eine große Rolle. Die Taktik konnte aber gar nicht anders sein. Sie war beeinflusst von der Krise. Es war Rücksicht zu nehmen auf die Taktik des dänischen Gewerkschaftsbundes, auf die der anderen dänischen Gewerkschaften und auf den Schlichter. Die Vorstandsmitglieder leisteten der einsetzenden Kritik mit Erfolg Widerstand.

Abwehr von Kritik am unrechten Ort.

Am Freitag, dem 23. September, teilte der Kongressleiter mit, daß die Kommunisten für Dienstag, den 27. September, eine Versammlung einberufen hätten, um zu der Arbeit des Kongresses Stellung zu nehmen. Auf dem Kongress waren die Kommunisten ausgiebig zu Worte gekommen. Einer ihrer Redner hielt eine begeisterte Rede für Sowjetrußland. Man kann den Russen alles Gute wünschen, braucht aber ihre Taktik nicht nachzuahmen. Für die Arbeiter gibt es da Arbeitszwang und Zwangsverschickung nach Sibirien und Todesstrafe. Es ist Brauch in Kopenhagen, Mitgliedern, die während der Tagung Geburtstag haben, einen Blumenstrauß zu überreichen. Sicher waren unter den so Geehrten auch Kommunisten. Man hat nicht beobachtet, daß sie die Ehrung abgewiesen haben. Der Kongress beschloß, Bericht sei nur in den Generalversammlungen der Abteilungen zu erstatten. Die an der kommunistischen Tagung Teilnehmenden haben das mit Verlust der Mitgliedschaft zu büßen.

Am Freitagnachmittag erhielt Kollege Brey das Wort, um im Namen der niederländischen Vertreter und des Kollegen Rößler für die Solidarität zu danken, mit der die Gäste behandelt wurden, und Anerkennung auszusprechen für die Arbeiten des Kongresses, die sowohl dem Arbeitsmandsforbund als auch der Internationale zum Segen gereichen würden. Kollege Robert Nielsen dankte und erwiderte die Wünsche auf Gedeihen der Verbände und wünschte den Gästen glückliche Heimreise.

Mit einem Hoch auf die Internationale und dem Absingen der Internationale wurde diese Sitzung am Freitagnachmittag geschlossen.

Dem Kongress standen noch viele Arbeiten bevor. Wir sind überzeugt, daß sie sowohl den Arbeitern des Landes als auch der internationalen Arbeiterbewegung im Befreiungskampfe förderlich sein werden. August Brey.

Chemische Industrie

Unfall mit Todesfolge bei der Firma Merck in Darmstadt.

Am 26. September stürzte der Schlosser Karl Becker in der chemischen Fabrik Merck in Darmstadt beim Schmieren der Transmission von der Leiter und zog sich dabei so starke Wunden im Gesicht zu, daß er am 4. Oktober daran starb. Die Leiter war vorchriftsmäßig mit Einhängen konstruiert. Zeugen waren beim Unfall nicht anwesend. Es ist möglich, daß Becker die Leiter nicht einhängte, so daß sie während der Arbeit ausrußte, wobei Becker zu Fall kam. O. Haupt.

Papier-Industrie

Sabotage der Papen-Politik in der Papiererzeugungs-Industrie.

Die Reichsregierung will die Produktion der Industrie erhöhen und die Wirtschaft beleben. Um dieses Ziel zu erreichen, erhält die Industrie weit über zwei Milliarden Reichsmark Steuergeschenke, die Agrarier bekommen Zinsermäßigungen und die Industriellen — unter Bruch aller tariflichen Abmachungen und Rechte — die Berechtigung zum Abbau der Löhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde bis zu 50 Prozent bei Neueinstellung von Arbeitskräften und bis 20 Prozent des Gesamtlohnes, wenn ein Betrieb manchmal durch eine unfähige Leitung herabgewirtschaftet und dadurch „gefährdet“ ist. Also Steuer- und Kaufkraftvernichtung mit voller Kraft! Daß dabei die staatlichen und kommunalen Sozialunterstützungen mit abgebaut wurden, versteht sich bei diesen Geschenken aus der schwindfüchtigen Reichsfinanzkasse von selbst.

Der Papiererzeugungsindustrie genügen diese Zuwendungen der nationalen Reichsregierung noch nicht. Trotz staatlichem Lohndruck haben die sächsischen Papiererzeugungsindustriellen den Bezirkslohnrat gekündigt. Sie wollen durch weiteren Lohnabbau die Kaufkraft der breiten Massen „stärken“. In Mitteldeutschland versucht man ebenso wie in Brandenburg durch Ortsklassenänderungen zum gleichen Ziel zu gelangen. In anderen Bezirken werden Altkorde und Prämien — die doch den Anreiz zur Produktionssteigerung bieten sollen — abgebaut oder beseitigt.

Papen will mit seinen Steuergeschenken die Produktion beleben. Der Verein deutscher Papierfabrikanten aber diktiert seinen Mitgliedern eine Einschränkung der Produktion um rund ein Sechstel vom 10. September 1932 an für die Dauer eines Vierfahrs. 90 Prozent der Papierfabrikanten sollen angeblich diesem Diktat Folge leisten.

Herr von Papen hat die paradoxe Idee, durch Lohnabbau die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. Das Zellstoffsyndikat aber diktiert vom 15. Oktober 1932 an eine Preiserhöhung von 15 bis 20 Prozent.

Die Packpapierfabrikanten haben zur Erleichterung dieser Preisenkungszaktion bereits vom 1. Oktober 1932 an die Preise um 10 Prozent erhöht.

Daß auch die übrigen Papierfabrikanten die Preisenkungszaktion der Reichsregierung durch Preiserhöhungen fördern, beweist nicht nur der Lagebericht des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für den Monat September, worin er diese Preistreiberei schamhaft umschreibt: „Auch auf dem Papiermarkt zeigen sich Stabilisierungsbefrebungen der Preise auf erhöhtem Niveau“, sondern sagt auch ein Kenner der Verhältnisse,

Anilin Roman von Fritz Molinar

Schluß.

Frau Lene sah am Herd und häkelte an einem Spizendeckchen, wie damals, als ihr Mann mit dem ersten Lohn heimkam. Fünfzehn Mark waren es gewesen.

Sanny, nunmehr die junge Frau Gohler, richtete das Abendessen. Genau wie vor nun bald vierzig Jahren gab es Kartoffelpfannkuchen und Apfelsmus. Die jungen Leute wohnten bei Rudolfs Eltern, da sie noch immer keine Wohnung gefunden hatten.

Peter setzte sich schwer atmend an den Küchentisch. Frau Lene legte mit einem Seufzer ihre Häkelarbeit beiseite. Sanny ließ vor Erregung einen Teller fallen.

„Neununddreißig Jahre, lange, entbehrungsreiche, opfervolle Jahre, neununddreißig Knoten an einer schmutzigen, verrosteten, farbtaubigen Kette, ja, so hatte es mir gestäubt in jener ersten Nacht im Fabriktschiffaal. Und trotz aller Arbeit, allem Kampf, aller Opfer um tägliche Brot ging ich ärmer aus dem Fabriktsaal als vor neununddreißig Jahren hinein. Das ist bitter, das ist hart, das würgt und nagt da drin.“ Sein Körper wurde von einer maßlosen Erregung geschüttelt.

Frau Lene wuschte sich die Tränen von den dünnen, verjagten Wangen. Sanny stocherte in ihrem Essen herum. Da riß Rudolf die Türe auf und rief: „Vater, ist es wahr —, sie haben dich entlassen, sagte mir eben Mannhart?“

„Er sagte die Wahrheit“, erwiderte Peter müd.

„Ja, hat denn der Arbeiterrat zugestimmt?“

„Nein, ich habe selbst zugestimmt.“

„Zuerst wollte Rudolf anbegehren, seinem Jörn und Groll gegen die Fabrik Luft machen; dann schien ihm etwas einzufallen. Er begann sich und sagte: „Sei froh, Vater! Da drüben bringt es keiner mehr zu etwas. Uns Arbeitern ist vorläufig alles versperrt, wie mit Stahlwänden zugeweiht. Aber kurz oder lang legen sie doch die ganze Bude still.“

Seine junge Frau warf ihm einen besorgten Blick zu, während sie das Abendessen auf den Tisch stellte.

Doch hatten sie alle keinen Appetit. Die Sorge hatte sich mit ihnen zu Tisch gesetzt. Frau Lene schluchzte vergrämt in sich hinein. Peter sah stumm neben ihr. Er mußte erst mit dem Sturm in seinem Innern fertig werden, ehe er wieder klar denken konnte.

„Später kam Mannhart. Alle Erinnerungen wurden ausgetauscht. Mannhart erzählte, wie er früher geheim agitierte für den Verband und für die Partei, wie er Stephan Purzell zu der Versammlung einlud, in der Genosse Hochgraf verhaftet wurde, gab die kleinen Witze und Schäkereien mit dem Kohldampfeppel preis, war noch begeistert von jener imposanten Maifeier, bei der eine Frau zum erstenmal zu den Arbeitern sprach, wie sie den ersten Arbeiterauschüß bildeten, wie alles begeistert war und alle glaubten: nun sei die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse gekommen.“

„Es war meine erste Versammlung, die ich mitmachte, als eine Frau zum ersten Male hier zu den Arbeitern sprach“, fuhr Rudolf in Mannharts Erzählung.

„Ja, ich weiß noch wie heute, wie wir zusammenzuckten, als es hieß: die Genossin...“ Mannhart brach wie erschrocken ab. Eine Zeitlang blieb es still. Jeder gedachte für sich einer toten Kämpferin.

„Darauf erzählte Peter, wie er und Stephan Purzell zum erstenmal in die Fabrik kamen, die Episoden mit Platzmeister Jürgen, seine Zänkereien und Auseinandersetzungen mit Scherling, wie das Karolchen verunglückte, und wie ihn Direktor Herroff zum Vorarbeiter machen wollte.“

„Der Pascha, das war einer“, warf Mannhart lachend dazwischen.

„Wie habe ich gerungen und mit mir gekämpft, bis ich zur Erkenntnis kam, daß sich die Arbeiter selbst helfen müssen, wenn sie aus ihrem Elend heraus wollen. Freilich ist es manchmal schwer und erfordert große persönliche Opfer. Und besonders heute fragt man sich oft verzweifelt: Hat das alles einen Wert? Stinkt die Arbeiterklasse nicht mit jedem Tag tiefer ins materielle und geistige Elend? Wie tief will diese Wirtschaftsordnung ihre Kräfte nieder noch sinken lassen? Und wie tief soll die Lebenshaltung der Arbeiter von den Nutznießern noch gedrückt werden?“

Und doch dürfen wir, und besonders ihr jungen Arbeiter dürft nicht verzagen“, wandte er sich nun an Rudolf und Sanny. „Die ökonomische Entwicklung besorgt auch der Arbeiterklasse wieder bessere Lage. Die Müllär und die Profitlucht unserer modernen Kapitalisten werden diesen Entwicklungsprozeß nur beschleunigen;

denn eine Ordnung, ein System, das bewußt aus Profitgier die primitivsten Lebensinteressen derer verlegt, die solcher Ordnung, solchem System zeitweilig gedient haben, eine solche Ordnung, ein solches System muß und wird eines Tages zusammenbrechen, um so eher zusammenbrechen, je brutaler und rücksichtsloser es auf die Spitze getrieben wird.“

Für uns Arbeiter aber und mehr noch für unsere Führer gilt heute noch der Satz, den der Genosse Hochgraf vor nun schon 35 Jahren an uns gerichtet hat: Ohne enre Einigkeit, enre Geschlossenheit und Solidarität werdet ihr niemals enre politische und wirtschaftliche Freiheit erlangen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist nicht nur ein Kampf um die Verteilung der materiellen Güter dieser Welt, er ist mehr noch ein Kampf um die geistigen Kulturgüter, ein Kampf zwischen Freiheit und moderner Sklaverei, zwischen Krieg und Frieden. In diesem Kampfe geht es um die Existenz der Arbeiterklasse, um Aufstieg oder Untergang der Kultur.“

Eine Utopie, ein gefährlicher Irrtum wäre es deshalb von einem Arbeiter, Angestellten und Beamten, zu glauben, daß durch irgendeinen Diktator, eine Regierung, einen Gelehrten oder durch ein Wunder die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterschaft gebessert werden könne. Ja, das wäre ein gefährlicher Irrtum, der in seiner Auswirkung die Katastrophe, die endgültige Verklammerung der Arbeiterklasse besiegeln müßte, weil auf diese Art an keinem Orte und von keiner Person, erst recht nicht von einem Diktator, die soziale, politische und kulturelle Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden kann; eben deshalb, weil die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk dieser gesamten, einigen und geschlossenen Arbeiterklasse selbst sein kann!“

Wenige Monate nach Peter Gohlers Entlassung geschah etwas Empörendes. Unerhörtes, das wie ein Blitzstrahl herniederzuckte, etwas, das die verstocktesten, indifferenteften, unterwürfigsten Arbeiter, Angestellten und Beamten wachrüttelte und sie ihre Lage und Klasse erkennen ließ. Die gesamte Fabrik wurde stillgelegt.

Sechshundert Arbeiter, Angestellte und Beamte wurden dem Hunger und Elend preisgegeben. Traurig, mit sorgenvollen Gesichtern und zuckenden Miemen passierten sie zum letzten Male das Fabriktsaal. Dann flog es knarrend ins Schloß —, für immer! Alle Räder standen still —, weil des Profites starker Ar... es wollte!

und zwar der Geschäftsführer des Gesamtausschusses der Papier verarbeitenden Industrie, Geheimrat Thurmman, der in Nr. 70 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hervorhebt, „daß die Preissteigerung für Zellstoff in der Hauptsache die inländischen Verbraucher zu tragen haben, da unvermeidlich Papierpreiserhöhungen folgen werden; und daß die Papier verarbeitende Industrie samt dem Druckgewerbe diese Preissteigerungen durch Erschwerung ihrer Ausfuhr zu tragen haben werden“. Wir möchten noch hinzufügen, daß diese Preissteigerungen mit dem staatlich genehmigten Lohnabbau eine weitere Vernichtung der Inlandskaufkraft und damit eine weitere Drosselung der Produktion zur Folge haben müssen.

Wir fragen nun: „Wer sabotiert den Papenplan der Wirtschaft belebung, trotz Steuergeschenken und Lohnabbau?“ Uns scheint, nicht die Arbeiterschaft, die sich mit Händen und Füßen gegen eine weitere Verschlechterung ihrer an sich schon elenden Lebenshaltung wehrt.

Was Herr von Papen von seinem Plane durch Steuergeschenke und Lohnabbau an Kaufkraft, Industrieproduktion und landwirtschaftlichem Absatz nicht selbst vernichtet, das besorgen um so gründlicher für die deutsche Papierwirtschaft die Papiererzeugungsindustriellen durch ihre oben geschilderten Maßnahmen.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Starker Rückgang des Zuckerverbrauchs infolge falscher Steuer- und Lohnpolitik.

Das Jahr 1931/32 brachte für die Zuckerzeugung und für den Zucker verbrauch recht einschneidende Maßnahmen. Am 27. März 1931 wurde durch die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, wonach die Zuckerzeugung Deutschlands zwangsweise eingeschränkt wurde. Die Durchführung dieser Maßnahmen wurde einer wirtschaftlichen Vereinigung der Zuckerindustrie, die zu diesem Zweck besonders geschaffen wurde, übertragen. Die Verordnung sah vor, daß die Zuckerzeugung 1931/32 gegenüber dem Jahre 1930/31 um rund 20 Prozent eingeschränkt werden sollte. Die Zuckerindustrie entschloß sich, eine weit größere Einschränkung der Produktion vorzunehmen, als sie durch die Verordnung vorgesehen war. Maßgebend hierfür war in erster Linie, daß Ende 1930/31 große Zuckermengen auf dem deutschen Markt lagerten. Die Zuckerausfuhr mußte eingeschränkt werden, da zunächst eine internationale Vereinigung bestand, die diese Einschränkung vorschlug, und da ferner die Differenz zwischen Weltmarkt- und Inlandpreis derartig hoch war, daß die Zuschüsse, die eine Ausfuhr erforderte, einfach nicht tragbar waren. Wie haben sich nun Zuckerzeugung und -verbrauch in den letzten Jahren entwickelt?

Die Zeitschrift „Die deutsche Zucker-Industrie“ bringt in ihrer Nummer 40/1932 über die Zuckerwirtschaft im Jahre 1931/32 einen längeren Aufsatz. Wir entnehmen diesem Aufsatz die nachstehende kleine Tabelle, welche zeigt, wie die Entwicklung in den letzten Jahren gewesen ist.

	1931/32	1930/31	1929/30
(Doppelzentner Rohzuckerwert)			
Bestände am 1. September	7 363 230	3 070 995	2 318 950
Erzeugung im Sept./August	15 948 106	25 474 512	19 847 546
Einfuhr im September/August	193 048	169 160	272 661
Verbrauch im Sept./August	23 504 384	28 714 667	22 439 157
	14 483 188	16 566 276	16 548 635
	9 021 196	12 148 391	5 890 502
Ausfuhr im September/August	1 185 575	4 314 532	2 609 996
Vergällter Zucker (geschätzt)	437 547	331 415	
	7 398 074	7 363 230	3 070 995

Ende 1929/30 hatten wir also rund 3 Millionen Doppelzentner Zuckervorräte in Deutschland. Das Jahr 1930/31 brachte ganz unerwartet einen Rübenwuchs, wie wir ihn in Deutschland in den letzten 35 Jahren nicht gehabt hatten. Dementsprechend stieg die Zuckerzeugung auch ganz unerwartet um über 5 Millionen Doppelzentner. Ende 1930/31 hatten wir einen Zuckervorrat von rund 3,7 Millionen Doppelzentner. Dieser Vorrat sollte durch Drosselung der Zuckerzeugung beseitigt oder doch stark vermindert werden. Das ist nicht gelungen. Die Bestände am Ende des Jahres 1931/32 (Ende August 1932) sind sogar noch etwas höher als am Ende des vorigen Zuckerjahres. Wo liegen hierfür die Gründe?

Die Zuckerzeugung betrug 1931/32 rund 15,9 Millionen Doppelzentner, im vorhergehenden Jahre 25,4 Millionen Doppelzentner. Die Erzeugung wurde also um rund 9,5 Millionen Doppelzentner eingeschränkt. Trotz dieser starken Einschränkung bei der Produktion haben wir am Schlusse des letzten Zuckerjahres höhere Lagerbestände als je zuvor. Zunächst ist die Ausfuhr im Jahre 1931/32 stark eingeschränkt. Sie betrug 1930/31 noch 4,3 Millionen Doppelzentner, 1931/32 dagegen nicht ganz 1,2 Millionen Doppelzentner. Trotz dieses Ausfuhrrückganges hätten aber die Bestände auf dem deutschen Markt bedeutend verringert werden müssen, wenn der Verbrauch in Deutschland der gleiche geblieben wäre wie in den letzten Jahren. Der Zuckerverbrauch betrug im Jahre 1929/30 rund 16,5 Millionen Doppelzentner, 1930/31 nicht ganz 16,6 Millionen Doppelzentner, 1931/32 dagegen aber nur knapp 14,5 Millionen Doppelzentner. Der Zuckerverbrauch ist also im Jahre 1931/32 gegenüber dem Vorjahre um rund 2,2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Die Gründe für diesen starken Verbrauchsrückgang sind in der falschen Steuer-, Wirtschafts- und Lohnpolitik zu suchen, die in Deutschland betrieben wird.

Anstatt alles dafür anzubieten, daß der Zuckerabfuhr neben der gedrosselten Produktion gesteigert wurde, führte die deutsche Reichsregierung Mitte Juni 1931 eine Verdoppelung der Zuckersteuer durch. Bis dahin betrug die Verbrauchsabgabe auf Zucker je Doppelzentner 10,50 Mk., und von da an betrug sie 21 Mk. je Doppelzentner. Dazu kam, daß auch die Umsatzsteuer erhöht wurde, so daß das Pfund Zucker vom Juni 1931 an um 6 bis 7 Pf. im Preise stieg. Dann folgte 1931 mit verstärktem Druck der Lohnabbau ein. Erhöhung der Zuckersteuer und mithin Verteuerung des Zuckers sowie Herabdrücken der Löhne, mithin Herabdrücken der Kaufkraft, mußten notwendigerweise bei einem derartig wichtigen Massenverbrauchsartikel wie Zucker zur Abfuhrschwächung führen.

Hier zeigt sich der ganze Widersinn unserer falschen Steuer-, Wirtschafts- und Lohnpolitik.

Die Folgen dieses Verbrauchsrückganges sind nun, daß die Zuckerindustrie gezwungen ist, in der jetzt beginnenden Kampagne die Zuckerzeugung wieder erheblich einzuschränken. Eine Anzahl Zuckerfabriken und einige Zuckerraffinerien sind erneut stillgelegt und weitere Stilllegungen werden folgen, wenn eine Änderung hier nicht eintritt. Eine Beseitigung oder eine starke Herabsetzung der Zuckersteuer würde den Zuckerverbrauch heben. Eine Steigerung der Produktion würde eintreten und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten wären gegeben. Die gleiche Wirkung könnte erzielt werden, wenn endlich mit der unsinnigen Lohnabbaupolitik Schluss gemacht würde. Wann wird die Zuckersteuer beseitigt und wann wird endlich mit dieser falschen Wirtschafts- und Lohnpolitik Schluss gemacht?

E. Senkfeil.

Die Uhr rasselt. Wählt!

Unsere Zeit ist ein großer Wecker. Die große, eiserne Wanduhr rasselt und ruft mit gewaltigen Schlägen.

Dämmert es? Soll jetzt endlich ein neuer Morgen werden?

Es rasselt. Die große Weltenuhr weckt. In gewaltigen Schlägen hämmert's. Es ist Zeit zum Erwachen. Auf, zur Pflicht!

Hört ihr nicht, wie die Sturme euch rassend ruft? Heraus aus dem Schlummer der Zufriedenheit! Die Wanduhr der Geschichte weckt, doch was ruht das Wecken, wenn ihr nicht aufsteht?

Heraus, ihr Schläfer, ihr Träumer des Lebens, ihr ewig Zufriedenen, ihr Gleichgültigen! Seid doch einmal wenigstens wach! Wählt rot! Wählt die Farbe des Morgenrots! Wählt sozialdemokratisch!

Und darum rasselt und rasselt, du schwere, eiserne Uhr! Und höre nicht auf und rasselt, daß auch der schlaftrigste Träumer dich hört und die Stunde begreift, die der 6. November bedeutet!

Berichte aus den Zahlstellen.

Ekernförde. Stiftungsfest und Jubilarsfeier. Am Sonntag, dem 8. Oktober 1932, feierte die Ortsgruppe Ekernförde-Borby ihr 26. Stiftungsfest, verbunden mit einer Jubilarsfeier im Gewerkschaftshaus. Eingeleitet wurde das Fest durch einen Prolog, gesprochen vom Jugendgenossen Nickel. Im Auftrage der Ortsgruppenleitung hielt der Bezirksleiter, Kollege Kunz (Kiel), die Festrede, welcher herzlich willkommen. Der Gesangverein „Vorwärts“ sang unter Leitung seines Dirigenten die Lieder „Empor zum Licht“, „Die Internationale“ und den „Fahnenmarsch“. Die Festrede hielt Kollege Hilpmann (Hamburg), der den Jubilaren im Auftrage des Hauptvorstandes für ihre Treue, die sie dem Verband gehalten haben, dankte. Er würdigte auch den Anteil, den die Ehefrauen der Jubilare an dem fünfundzwanzig Jahre langen Kampf der Jubilare am Ausbau des Verbandes weiter zu arbeiten, um das Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, zu erreichen. Kollege Jewsky überreichte den Jubilaren: Max Schmidt, Christian Schmidt, Helene Tams, Wilhelm Stark, Eduard Traulsen, Johann Soll, Friedrich Soll, Jürgen Peterjen, Johann Lamp, Heinrich Leckband, Lorenz Lorenzen, Hans Jürgensen, Klaus Gosh, Ludwig Bänting, Karl Bänting, Julius Rohr und Karl Blender die vom Hauptvorstand gestifteten Ehrenurkunden. Kollege Voggeran überbrachte die Glückwünsche des Ortsausschusses Ekernförde des ADGB. Kollege Wulff betonte die Verbundenheit der Gewerkschaften mit dem Sportkartell.

Genossenschaftsbewegung.

Auf dem Kosten bleiben!

Überlegungen zur persönlichen Vorsorge.

Im Streben nach wirtschaftlicher Befreiung des Volkes sind die Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft wichtige Faktoren. Sie haben einflussreiche Stellungen in der Gesamtwirtschaft erreicht, was nicht zuletzt auf die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung dieser Bestrebungen zurückzuführen ist. Die Eigenunternehmer: ren befriedigen heute in ihrer Gesamtheit auch schon viele persönliche Bedürfnisse der Arbeiterschaft. So hat zum Beispiel die Volksfürsorge die Aufgabe, die auch in werkschaftlichen Kreisen vorhandenen Wünsche nach privaten Versicherungen, speziell nach Lebensversicherungen, zu erfüllen. Auch ein Teil anderer Kollegen gehört schon zu den Versicherten der Volksfürsorge. Leider glauben viele aber noch immer, ohne Lebensversicherung auskommen zu können. Es wird aber möglich sein, jedem durch persönliche Anhaltungsarbeit die Notwendigkeit der persönlichen Vorsorge zu beweisen.

Nach mehr Beachtung erheischen aber die Kolleginnen und Kollegen, die glauben, auf die schon einmal abgeschlossene Versicherung durch die Kündigung und den Rückkauf verzichten zu können, weil sie sich der dadurch entstehenden Nachteile nicht bewußt sind. Die Versicherten sind vielfach der Ansicht, daß sie die einzuzahlenden Prämien beim Rückkauf, also bei der Kündigung, voll zurückbekommen müssen, da die Volksfürsorge für sie ja nichts geleistet habe. Das ist aber durchaus irrig. Die Lebensversicherung kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, zum Beispiel mit der Feuer-, Kranken- und Unfallversicherung. Es wird aber niemand bei diesen Einrichtungen seine einzuzahlenden Beiträge zurückverlangen, weil es „bei ihm nicht gebrannt hat“, er „nicht krank war“ oder „keinen Unfall erlitt“. Jeder weiß, daß die Beiträge verbraucht wurden, um die insgesamt entstandenen Feuer-, Kranken- und Unfallrisiken zu decken. Bei der Lebensversicherung ist natürlich auch ein Risiko vorhanden, das die Gesamtheit der Versicherten mit einem Teil ihrer Prämien decken muß, und zwar sind es die vor dem normalen Ablauf der Versicherungen eintreffenden Auszahlungen für Sterbefälle. In diesen Fällen ist die Volksfürsorge gemäß den Versicherungsbedingungen verpflichtet, die vertragsmäßige Versicherungssumme voll auszugeben (bei Unfalltod in den meisten Fällen sogar doppelt), ganz gleich, wieviel Prämien dazu entrichtet worden sind. Das ist ja auch der besondere Vorteil, den die Lebensversicherung gegenüber einer Sparkasse hat, der Versicherten von Sparen unterzweifelt. Der restliche, weit größere Teil der Beiträge wird angeammelt und bildet mit der Verzinsung die sogenannte Prämienreserve, die die Auszahlung der vollen Versicherungssummen nach Ablauf der Versicherungsdauer garantiert. Dieser Teil kann bei einem Rückkauf nur erpfaßt werden, nachdem noch die ent-

standenen Unkosten in Abzug gebracht sind. Aus diesen einfachen Darlegungen geht klar hervor, daß man sich beim Rückkauf des Versicherungsschutzes begibt, außerdem aber noch einen unvermeidlichen finanziellen Verlust erleidet.

Es sollte sich also niemand verleiten lassen, seine Versicherung aufzukündigen, weil die dabei entstehenden Schäden so leicht nicht ersetzt werden können. Die Volksfürsorge hat genügend Vorbehalte getroffen, daß bei wirklicher Zahlungsbehinderung der Versicherungsschutz — natürlich in beschränktem Umfang — erhalten bleibt und finanzielle Verluste verhütet werden können. Mancher Rückkauf wurde schon bereut, weil kurz danach ein Todesfall eintrat und nun die Versicherungssumme nicht mehr in Anspruch genommen werden konnte. Aber die Einrichtungen zur Erhaltung des Versicherungsschutzes erteilen die Rechnungsstellen und die Vertrauensleute der Volksfürsorge Auskunft.

Die Versicherten der Volksfürsorge und die werkschaftliche Bevölkerung können davon überzeugt sein, daß wir uns bei unserem Rat, von einer Kündigung der Versicherung abzusehen, und bei der Aufforderung an alle, die noch keine Lebensversicherung abgeschlossen haben, es möglichst bald zu tun, von dem Grundsatze leiten lassen, nur dem Volke bestens zu dienen.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingelangt!

- Gau 1: Celle, Peine, Freden, Hannover, Nienburg, Schildhorn, Gifhorn, Grünplan, Braunschweig, Goslar, Hameln, Soltau, Wessenberg.
- Gau 2: Bitterfeld, Elsterwerda, Hessen, Heffstedt, Magdeburg, Herzberg, Seehausen, Wittenberg, Eilenburg, Goldbeck, Halberstadt, Mühlberg, Neuhaldensleben, Schönebeck.
- Gau 3: Frankfurt, Vellten, Wittenberge, Eberswalde, Freienwalde, Küstrin, Prignitz, Räderdorf, Luckenwalde, Prenzlau, Angermünde, Arnswalde, Schönlanke, Treuenbrietzen.
- Gau 4: Anklam, Barth, Dömitz, Friedland, Goldberg, Grabow, Greifswald, Jarmen, Cammin, Körlin, Parchim, Stavenhagen, Stralsund, Strelitz, Woldegk, Wolgast, Zessin, Warnemünde, Lübbitz, Malchin, Doberan, Gollnow, Schwaan, Stolzenburg, Jarglaff.
- Gau 5: Wormditt, Heilsberg, Insterburg, Danzig, Königsberg.
- Gau 6: Breslau, Hirschberg, Weiskwasser, Bunzlau, Liegnitz, Rauscha, Gleiwitz, Glogau, Oppeln, Waldenburg.
- Gau 7: Aue, Döbeln, Strehla, Waldheim, Annaberg, Freiberg, Großenhain, Heidenau, Leipzig, Meißen, Sebnitz, Zwickau.
- Gau 8: Bleicherode, Breitenstein, Könnig, Zeitz, Gotha, Gräfenroda, Ilmenau, Jecha, Lützen, Rodach, Salzgünz, Gerba, Gräfenhain, Arnstadt, Fraureuth, Allstedt, Altenburg, Blankenhain, Kapla, Sonneberg.
- Gau 9: Oberkrohn, Waldsassen, Ebersdorf, Ripsenberg, Schönwald, Stockheim, Weiden, Weißenburg, Windsheim, Bayreuth, Hohenberg, Rehau, Schirnding, Ansbach, Forchheim, Karlstadt, Neumarkt, Warmensteinach, Windheim.
- Gau 10: Kempten, Schrobenhausen, Alsföding, Fleck, Freising, Landshut, Marienfeld, Moosburg, Oberau, Lärkheim, Augsburg, Gmund, Schellenberg, Straubing, Zwiesel, München, Neuburg, Rosenheim.
- Gau 11: Freudenstadt, Würthheim, Eßlingen, Schramberg, Stuttgart, Neulingen, St. Georgen, Alen-Unterach, Wangen.
- Gau 12: Kaiserslautern, Rheinzaubern, Birkenfeld, Saarbrücken, Speyer, Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim.
- Gau 13: Darmstadt, Offenbach, Worms, Höchst.
- Gau 14: Gummersbach, Krefeld, Goch, Neuwied, Stolberg, Andernach.
- Gau 15: Delmenhorst, Glöckstadt, Friedrichstadt, Geesthacht, Leer, Stade, Elmshorn, Varel, Volzenburg, Bremen, Hamburg, IJehoe.
- Gau 16: Düsseldorf, Lünen, Bochum, Hagen, Witten, Dülmen, Emmerich.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Rogätz (Elbe): Heinrich Blachney, Mitgl.-Nr. S II 514 653; Schwenningen: Johann Jäckle, Mitgl.-Nr. 834 977.

Literarisches.

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1933. Unter den vielen Kalendern, denen dieser Kalender unentbehrlich geworden ist, sind sicher viele, die ihn nicht einfach an die Wand hängen, um Tag für Tag ein Blattchen abzunehmen — nein, sie sitzen auch wohl unter der Lampe, blättern in ihm, der ja ein dickes Buch ist, und schöpfen Kraft und Hoffnung daraus. Wenn hier vereinen sich zahlreiche Stimmen, um in Poesie und Prosa die alten Ideale der Freiheit und des sozialistischen Klassenkampfes zu würdigen und in scharfgefaßten Sentenzen ewige Wahrheiten zu künden. Wer aber Zahlen liebt, der findet sie ebenfalls hier in der Form von Statistiken aus den verschiedensten Gebieten. Ferner: alle Gewerkschaften und Organisationen, die irgendwie mit der Arbeiterschaft zusammenhängen, amüsiert 100, geben hier in klaren übersichtlichen kurze Redensarten vor sich. Der Kalender ist in Kupferdruck hergestellt, und mit seiner künstlerischen farbigen Rückwand bildet er ein Schmuckstück für Stube und Büro. Die Vormärz-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, hat den Preis aufs niedrigste bemessen: für 1,75 Mk. kann ihn jeder haben.

Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. 325 Seiten. Ladenpreis gebunden 6,80, kartoniert 6 Mk. Organisationspreis gebunden 5,10, kartoniert 4,50 Mk. Der Aufbau des Jahrbuches ist unverändert geblieben; nur der Umfang des Werkes ist diesmal etwas geringer. Es wird wohl allgemein begrüßt, daß diese Einschränkung den statistischen Umfang nicht berührt hat, der, in dem Jahrbuch 1928 erstmalig ausgearbeitet, allmählich von Jahr zu Jahr — auch diesmal — erweitert wird. Auch im Textteil wird das Jahrbuch arbeitsstatistisch immer mehr ausgebaut, wobei großer Wert darauf gelegt wird, das Zahlenmaterial in leibendiger, zum Teil anschaulicher Form darzustellen und die damit „Zahlen zu lesen“, in den Gewerkschaftskreisen zu fördern. Die Zustimmung der Kräfte und die Verschärfung der sozialen Kämpfe stellen die Gewerkschaften vor die Aufgabe, energisch zu wirken. Für die geistige Rüstung der Gewerkschaften bildet das Jahrbuch des Bundes eine wesentliche Bereicherung.

„Der vergitterte Spiegel“. Von Albrachts neues Buch „Der vergitterte Spiegel“, das jetzt in vorbildlicher Ausstattung bei der Badergasse-Gutenberg-Verlag, erschienen ist, in Peine. 70 Mk., ist in jeder Beziehung ein Meisterwerk. Obwohl nichts Aufregendes geschieht — Albracht erzählt von einer kurzen Gefangenenschaft, die er abgeleistet hat —, ist das Buch unerhört spannend und von packender Gewalt. Ein anderer hätte noch dem üblichen Schema an den Dittlerhagen geritten und mit den Ketten geklirrt; Albracht vermeidet solche billigen Effekte. Er berichtet mit prägnantem Galgenhumor auch von den gemühten Seiten des Erlebnis. Aber diese ruhige Heiterkeit in seiner Darstellung ist weniger einer menschenfreundlichen Gefangenschaftserfahrung zu danken als dem Charakter des Dichters und seiner großen inneren Überlegenheit. Er fühlt sich nicht erniedrigt und beleidigt; er nimmt diese Strafe und alle mit ihr verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich wie ein Mensch, der weiß, daß die Sache, der er mit ganzer Seele dient, nicht aufgeben werden kann mit noch soviel Gewaltmitteln und Schikanen. In seinem Buch ist auch nicht eine von den üblichen propagandistischen Wendungen, und doch: welche Propaganda entfaltet dieses neue Werk! Es gehört zu den wenigen Büchern, die dem Begriff Arbeiterdichtung Inhalt geben.

Schonwieder Preisabbau

in Fahrradersatzteilen! Decken 1,- Mk.
Schläuche 0,50, Rücklichte 0,25 Mk.
Verlangt Kataloge!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG.
Gewerkschaftsunternehmen
Berlin-Lichtenrade